

Nicht nur die Freilassung von 91 politischen Häftlingen, sondern auch diese innenpolitischen Entwicklungen in Burma bezeichneten ASEAN-Vertreter als Erfolg der Diplomatie des ASEAN Way, was jedoch zweifelhaft bleibt, wenn man die Ergebnisse der sechsten Reise des UN-Menschenrechtsbeauftragten Pinheiro im November 2003 betrachtet. Demnach befinden sich immer noch 1300 politische Häftlinge in Burmas berüchtigten Gefängnissen, Zwangsarbeit wird immer noch angewandt, ebenso systematische Vergewaltigungen von weiblichen Angehörigen ethnischer Minderheiten (vor allem im Shan-Staat) und Kindersoldaten werden sowohl auf Seiten der Tatmadaw (der bur-

mesischen Armee) und der Rebellen vielfach eingesetzt, so dass Burma zum ersten Mal Thema des UN-Sicherheitsrates werden könnte.

Die Aufrechterhaltung internationalen Drucks ist sicherlich das richtige Mittel, um das Militärregime zur Änderung ihrer widerspenstigen Haltung zu verhelfen. Doch muss dieser Druck nicht nur von westlichen Staaten und dem UN-System ausgehen, sondern auch von den unmittelbaren Nachbarn Burmas, vor allem der ASEAN, der Burma soviel Kummer bereitet.

Letztendlich braucht Burma jedoch einen eigenen Lösungsansatz für die innenpolitische Sackgasse, in der sich das Land durch den Jahrzehnte alten Bürgerkrieg

und die politische Auseinandersetzung mit der Opposition befindet. Der Waffenstillstand und die Verhandlungen mit der größten aufständischen Rebellenorganisation *Karen National Union* (KNU) im Januar 2004 sind ein Schritt in die richtige Richtung und geben zusammen mit den anderen Entwicklungen des Jahres 2003 Grund zu verhaltenem Optimismus.

*Wer sich eingehender mit den Hintergründen der hier dargestellten ASEAN-Burma-Beziehungen beschäftigen möchte, dem sei die im Frühjahr 2004 beim ibidem-Verlag erscheinende Studie des Autors zu diesem Thema empfohlen.*

## Ölmulti unschuldig

**von Anke Mansar**

*Im Prozess gegen den kalifornischen Ölkonzern UNOCAL ist das Urteil gefallen, das man durchaus als endgültig betrachten kann: Das Bundesgericht in Los Angeles hat am 23. Januar 2004 die Klage verschiedener Menschenrechtsorganisationen abgewiesen, nach der UNOCAL für Menschenrechtsverletzungen in Burma zur Verantwortung gezogen werden sollte.*

Die Richterin berief sich bei ihrer Entscheidung darauf, dass das Unternehmen, welches den Bau der umstrittenen Yadana-Pipeline durch die bevölkerungsreiche Tenasserim-Region vorangetrieben hatte, nur eine Tochtergesellschaft von UNOCAL sei. Der Konzern selbst könne daher nicht zur Verantwortung gezogen werden — auch wenn die Führung des Konzerns im vollen Bewusstsein der genannten Missstände gehandelt und die zu erwartenden Menschenrechtsverletzungen in Kauf genommen habe, wie die als Nebenkläger auftretende Menschenrechtsorga-

nisation Earthrights International nachgewiesen hat.

Der Prozess hatte weltweit für Aufsehen gesorgt. Denn anders als sonst, wo sich die Anklagepunkte gegen Firmen auf Delikte wie Steuerhinterziehung oder Bilanzfälschung belaufen, wurde die Öffentlichkeit hier mit einem weitaus drastischeren Fall konfrontiert: Erstmals in der Geschichte wurde einem angesehenen amerikanischen Multikonzern Beihilfe zu Mord, Folter, Vergewaltigung und Zwangsarbeit vorgeworfen.

Die Verhandlungen zwischen jenem Konzern und der burmesischen Militärjunta über den Bau besagter Pipeline liefen schon Anfang der 1990er Jahre. Die Pipeline

sollte Öl aus der Gegend um die Hauptstadt Rangun ins benachbarte Thailand transportieren. Kostenpunkt zufolge der *New York Times*: 1.2 Milliarden US-Dollar. Um die Sicherheit der Ölleitung zu garantieren, heuerte UNOCAL das burmesische Militär an.

Während die Kläger im Laufe des Prozesses betonten, das angeheuerte Militär habe den Menschen in Tenasserim das Leben zur Hölle gemacht, sie systematisch aus ihren Dörfern vertrieben und darüber hinaus gezwungen, unbezahlte Schwerstarbeit für das Militär zu leisten, wurden UNOCALs Anwälte nicht müde aufzuzeigen, wie sehr ihre Investitionen in Schulen, Krankenhäuser und andere soziale Ein-

*Die Autorin studiert in Frankfurt/Main Südostasienwissenschaften.*



"Entschuldigen Sie bitte, meine Hände sind schmutzig!" — "Macht nichts, meine auch!"

aus: Donkers, J. (Hrsg.), Burma Behind The Mask, Amsterdam, 1996, S. 9

richtungen den Lebensstandard in der Gegend gehoben hätten.

### Das Scheitern der Klage, weil Präzedenzfälle fehlen

Doch es war nicht diese Taktik, die UNOCALs Anwälten letztlich Erfolg bescherte: Das Gericht schenkte den Ausführungen der Kläger, dass den Anwohnern Tenasserims durch das Intervenieren von UNOCAL mehr Unrecht als Gutes widerfahren ist, durchaus Glauben. Das Scheitern der Klage liegt vielmehr im Fehlen jeglicher Präzedenzfälle auf diesem Gebiet begründet. Dass sich ein Multikonzern vor Gericht für Verbrechen verantworten muss, die durch seine Auslandsinvestitionen begünstigt wurden, ist ein Gedanke, mit dem sich weder Justiz noch Öffentlichkeit jemals zuvor auseinandergesetzt haben.

Multikonzerne sind ein Produkt des 20. Jahrhunderts und bringen Probleme mit sich, die zu lösen die veraltete Gesetzgebung hoffnungslos überfordert. Insofern dürfte

die Klage trotz ihres Scheiterns einen Wendepunkt in der globalen Wirtschaft darstellen: Denn wenn die zuständige Richterin auch die Forderung nach Schadensersatzzahlungen gegen UNOCAL zunächst zurückwies, betonte sie gleichzeitig, dies sei kein Grund, die parallel laufenden Klagen vor anderen Gerichten gegen UNOCAL abzuweisen. Wird der Konzern also letztlich doch zur Verantwortung gezogen? Darüber scheint noch lange nicht entschieden. Auch wird es interessant sein zu sehen, wie sich der Ausgang des Prozesses auf noch laufende Verfahren gegen den französischen Ölkonzern Total auswirken wird. Jedenfalls: Solange der Prozess weiter in den Medien präsent ist, bleibt er der Öffentlichkeit im Bewusstsein zusammen mit der dringenden Frage nach der Schaffung internationaler Tribunale und der längst überfälligen Einführung von Standard- und Benimmregeln für die sogenannten Multinationals.

»Globale Verantwortung muss zu einem ernstzunehmenden Faktor werden, wenn es um Investitionsentscheidungen geht« so Pro-

fessor Elliot Schrage von der Columbia University, New York, gleichzeitig Berater im Außenministerium. Weiterhin meinte er, dass der Kommerz längst globalisiert worden sei und dass es nun an der Zeit sei, ebenso mit Verantwortung zu verfahren.

Diesmal ist es UNOCAL noch gelungen, sich mit einem Versteckspiel hinter Tochtergesellschaften aus der Verantwortung zu ziehen. Für die betroffenen Bauern aus Tenasserim mag es ein schwacher Trost sein, aber ihr Prozess war sicher ein erster Schritt in die richtige Richtung — auch wenn sie selbst aller Wahrscheinlichkeit nach nie einen Dollar Schadensersatz zu Gesicht bekommen werden.